

GAP-Strategiepläne-VO zur 1. Säule (KOM-Entwurf vom 1.6.2018):

- **Kategorien von entkoppelten Direktzahlungen (DZ) nach Artikel 14 ff:**
 - Einkommensgrundstützung für Nachhaltigkeit [Basis-DZ]
 - ergänz. Umverteilungseinkommensstützung für Nachhaltigkeit [Umverteilungsprämie]
 - ergänz. Einkommensstützung für Junglandwirte [Junglandwirteprämie]
 - Regelungen für Klima und Umwelt [Ökoregelungen, engl. „eco-schemes“]
(Kleinerzeugerprämie soll möglich sein, unterliegt aber auch der Konditionalität)
- Kürzung ab 60 T€ (25 %), ab 75 T€ (50 %), ab 90 T€ (75 %), ab 100 T€ (100 %) unter Anrechnung der Arbeitslöhne bzw. Kosten unbezahlter regul. ldw. Arbeit
- Alle entkoppelten DZ sind für EU-Mitgliedstaat obligatorisch (für Landwirt freiwillig) und unterliegen der Konditionalität nach Anhang III (obligatorischen Vorgaben für alle Flächenzahlungen)
- **Gekoppelte DZ gemäß Artikel 29 ff für viele Sektoren möglich.**

Im Strategieplan sind u. a. die Begriffe „echter Betriebsinhaber (Landwirt)“, „Junglandwirt“ und „landwirtschaftliche Fläche“ unter Beachtung von Artikel 4 ergänzend zu definieren.

Ferner werden landwirtschaftliche Betriebsberatungsdienste nach Artikel 13 gefordert.

GAP-Strategiepläne-VO zur 1. Säule (KOM-Entwurf vom 1.6.2018):

- **Sektorale Interventionskategorien nach Artikel 39 bis 63:**
 - Bisher in der Gemeinsamen Marktorganisation (GMO) geregelten „Marktmaßnahmen“ (Operationelle Programme) für Obst/Gemüse, Wein, Hopfen, Olivenöl und Bienen sollen von den Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer GAP-Strategiepläne mit unterstützt werden.
 - Mitgliedstaaten haben die Möglichkeit, auch in anderen Sektoren Operationelle Programme zu fördern.
 - Finanzierung aus DZ-Budget - maximal 3 % der DZ eines Mitgliedstaates für sektorale Intervention
- **Mittelumschichtungen zwischen 1. und 2. Säule sollen weiterhin möglich sein (bis zu 15 %), für die Umschichtung von 1. in 2. Säule können nochmals bis zu 15 % zugunsten von Umwelt- und Klimazielen angesetzt werden.**



Einbringen sächsischer Positionen bei den Beratungen der Legislativvorschläge zur GAP nach 2020 (vor allem AMK, Bundesrat, Europäisches Parlament)